

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: A. Graubmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 60 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Name im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenpfeiffer & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elsefeld W. Thienes, Greifwald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg: Heine, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen: Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 12. Dezember 1891.

Deutscher Reichstag.

139. Sitzung vom 12. Dezember. Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler v. Caprivi, Frhr. v. Marschall, v. Malchow-Gütig, v. Bötticher, v. Vereloff und Andere. Die erste Verlesung der Handelsverträge wird fortgesetzt.

Abg. Singer (Soz.): Meine Partei hat von jeher auf dem Standpunkte gestanden, daß solche Verträge einem autonomen Zolltarif vorzuziehen sind. Wir müssen anerkennen, daß in den vorliegenden Verträgen der erste Schritt gegeben ist, um dem unheilvollen Kampfe mit dem Schutzsystem auf dem betretenden Wege zu brechen. Die Verträge sind indessen nach unserer Überzeugung nur ein ganz schwacher und unzulänglicher Versuch auf dem neuen Wege. Die Zölle auf die notwendigen Lebensmittel sind beibehalten, die Industriezölle sind fast gar nicht ermäßigt. Die Beibehaltung der Getreidezölle ist um so bedauerlicher, als diese nur dem großen Grundbesitzer zu Gute kommen. Aus den Reden der Herren von der Rechten hat sich ergeben, daß die Getreidezölle die Hoffnungen nicht erfüllt haben, die daran geknüpft wurden, denn die Anbaufläche für Getreide hat nicht zugenommen. Die Agrarier haben durch die Getreidepreise sich in bequemer Weise einen hohen Preis im Inlande sichern wollen, ohne genötigt zu sein, zu dem allerdings unbeweglichen Mittel zu greifen, mit dem Auslande in Konkurrenz zu treten. Sie wollten sich also auf Kosten der großen Masse der Konsumenten bereichern. Der bedeutende nationalökonomische Schriftsteller Rudolf Meyer empfiehlt, den Großgrundbesitzer, der von so hohem Egoismus befeuert ist, unter staatliche Aufsicht zu stellen und ihn zu zwingen, so viel Getreide zu bauen, als das Land nötig hat, damit der egoistischen Spekulation des Großgrundbesitzers ein Ende gemacht werde. Die Rede des Reichskanzlers hat, das freut mich, daß sie eine runde Abgabe enthält, mit dem unheilvollen System, unter dem wir seit 12 Jahren gelitten haben. (Hochachtungsvoll.) In den Verträgen ist mit dem System gebrochen worden, welches die Taschen der Einzelnen auf Kosten des Ganzen gefüllt hat. Der Herr Reichskanzler hat sich indessen in einem Widerspruch befunden, als er von der Noth der Großgrundbesitzer sprach. Daß der Großgrundbesitzer verschuldet ist, mag zugegeben werden, allein es wäre sehr erwünscht, wenn einmal eine Statistik darüber aufgestellt würde, woher die Verschuldung kommt, wie viel davon auf die Lebensweise der Besitzer, auf das Wetteilen auf den Rennplätzen u. dgl. m. Daraus würde sich ergeben, daß wir keinen Grund haben, dem Großgrundbesitzer zu Liebe die drückenden Zölle aufrecht zu erhalten. Alle die Gründe, welche für die Herabsetzung der Getreidezölle auf 3 Mark 50 Pf. sprechen, die sprechen auch für die gänzliche Aufhebung derselben. Wir werden nicht eher aufhören gegen die Zölle zu kämpfen, als bis sie vollständig beseitigt sind. Wenn die Agrarier ohne Zoll nicht wirtschaften können, so folgt daraus nur die Nothwendigkeit der Verstaatlichung des Grund und Bodens. Redner verlangt um Gunsten der Arbeiter den Normalarbeitslohn und erbittet wirksame Abhilfe bestehender wirtschaftlicher Nothstände nur in der Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft; dabei werde die Sozialdemokratie sich vor Ruischen, die vielleicht irgendwo gewirkt werden, wohl hüten. Als Probeobjekt für rauchloses Pulver zu dienen seien die Führer dieser Partei zu Hinz. Redner zählt dann die Verdienste der Sozialdemokratie um das Arbeiterthum auf, um zu zeigen, daß diese Partei ihre Ziele zu verfolgen wisse. Wenn wir trotzdem für die Handelsverträge stimmen, so thun wir es, weil wir gern den ersten Schritt mitmachen, das System, unter dem wir bisher leiden mußten, aus der Welt zu schaffen, aber ich betone, daß wir uns durch diese Abstimmung nicht einen Moment von dem Kampfe für die vollständige Aufhebung der Getreidezölle abbringen lassen. Meine Freunde haben mich beauftragt auszusprechen, daß wir gegen eine Kommissionsberatung stimmen werden, weil Abänderung dieser Vorlagen nur die Bedeutung haben kann, neue Verhandlungen mit den übrigen Regierungen zu eröffnen und dem Zustandekommen der Vorträge neue Schwierigkeiten zu bereiten. Der Herr Reichskanzler hat sich bitter über die Kreuzzeitung beklagt. Ich muß sagen, ich bin über die Agitationsweise der Kreuzzeitung nicht erstaunt; aus den Reden der Abg. von Nordhoff und des Grafen Kanitz könnte nichts weiter heraus, als der alte Interim: „Unser König abthut, wenn er uns den Willen thut!“ Ich wiederhole, wir werden in dem Kampfe gegen die Getreidezölle nicht eher ruhen, bis dieselben gänzlich beseitigt sind.

Abg. Frhr. v. D. u. e. (Z.): Neues über die Sozialdemokratie hat der Vorredner nicht gesagt. Er hat keine Partei als revolutionär bezeichnet und damit ist das, was er für die Vorlage gesagt hat, verächtlich zu Gunsten dieser revolutionären Bestrebungen gesagt zu sein und in diesem Sinne keine besondere Empfehlung für den Vertrag. Die Bedenken des Grafen Kanitz bezüglich der zu langen Dauer des Vertrages theilt Redner nicht. Die Regierung würde vielleicht einen autonomen Tarif dem vorliegenden Vertragsentwurf vorziehen, aber ein solcher autonomer Tarif würde doch immer nur ein wirtschaftlicher Monolog sein. Die Suspension ist in dem von Graf Kanitz angegebenen Sinne ein ganz gutes Mittel, aber zur Zeit hat sie gar keinen Zweck. Wir können der Regierung nur heutigen Verhältnissen nur dankbar sein, daß sie uns den Zoll von 3,50 Mark sichert. Nicht sicher ist es, ob nach einer Suspension die Wiedereinführung der Zölle in ihrer alten Höhe möglich wäre. Heute haben wir das Ansehen der Regierung, daß sie die 3,50 Mark als Zoll für nötig hält und dann haben wir ja auch noch schimmlichen Falls eine Mehrheit hier im Hause. Die beabsichtigten Sätze in der Rede des Kanzlers hat derselbe nachträglich gemildert. Dies gilt namentlich von den Grundätzen, die er bezüglich der Handelsabgabe ausgesprochen. Ebenso bedenklich ist die Ausführung über die wirtschaftliche Lage; wenn man den über die Verhältnisse des kleinen Mannes sprechenden Theil weitergeben wollte, würde man damit abhandeln müssen und ja nicht die

nachfolgenden Ausführungen mit übernehmen dürfen. Auch die Ausführungen über die Landwirtschaft und Industrie als Nährstamm des Staates waren nicht ganz zureichend; der Reichsführer vergaß den Mittelstand, der für den Staat wichtiger ist als eine exportirende Industrie. So wohlthätig seine Ausführungen über die Förderung des Familienlebens auch waren, so hätte ich gewünscht, daß er das christliche Familienleben mehr betont hätte. (Sehr richtig! rechts.) Zu verkennen sei ja nicht, daß die Zollherabsetzung eine gewisse Beunruhigung in ländlichen Kreisen hervorgerufen hat; die Herren links mögen auch gar nicht glauben, daß sie mit ihrer Agitation auf Zollaufhebung bei den Bauern Glück haben. Es ist nötig, daß mit dem Vertrage ein Zustand geschaffen wird, der Aussicht auf Dauer habe. Es war namentlich unnützlich, zu glauben, daß der Ausfall von Nachwahlen einen Schluss zuließe auf eine Lenkung in den Anschauungen der großen Masse. Redner erklärt sich gegen eine Kommissionsberatung. Eine Ablehnung der Vorlage würde eine schwere Schädigung des Reiches gegenüber dem Auslande sein, wie im Innern darstellen und schon aus diesem Grunde stimmen wir für die Vorlage, weil sie das Aussehen der Regierung festigen wird. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Mantuffel (konf.) wendet sich in scharfer Weise gegen den Abg. Singer, der dem Abg. Graf Kanitz Vorwürfe in dem Sinne gemacht habe, daß er nur aus agrarischen Interessen der Suspension zustimme, weil die Landwirtschaft nichts mehr zu verkaufen haben. Graf Kanitz habe diesen Vorwurf zuerst im Innern gemacht, also zu einer Zeit, wo dieser Vorwurf in keiner Weise zuträfe. Redner wird mit einem Theil seiner Freunde für die Verträge stimmen, kann aber Bedenken gegen die Ausführungen des Reichskanzlers nicht unterdrücken. Wenn der Herr Reichskanzler das Gefühl der Befriedigung über den Abschluß dieser Verträge ausdrückt, so kann ich das sehr wohl begreifen; wir aber haben dieses Gefühl nicht, nicht weil wir der Meinung sind, daß die Handelsverträge ungünstig wären oder ein Unglück für das deutsche Reich sein würden, sondern weil wir, die wir selbst entweder den landwirtschaftlichen Beruf vertreten oder in landwirtschaftlichen Kreisen gewirkt worden sind, doch sehen müssen, daß trotz der Verträge die Kosten von der Landwirtschaft getragen werden müssen. Wenn es also feststeht, daß die Landwirtschaft gegenüber der Industrie eine Zurücksetzung erfahren hat, so geht daraus hervor, daß es nicht mehr zwei gleichberechtigte Faktoren neben einander sind. In der Denkschrift ist der Satz: „Wenn der Bauer Geld hat, so hat es die ganze Welt“, nicht genügend gewirkt. Nach den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers hat die Industrie eine ungemessene Expansionskraft, während die Landwirtschaft an die Scholle gebunden ist; aber gerade die Landwirtschaft muß nach meiner Ansicht besonders begünstigt werden. Indessen die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, die er später gemacht hat, geben mir die Zuversicht, daß auf die Landwirtschaft die erforderliche Rücksicht auch ferner genommen werden wird. Der Reichskanzler hat hervorgehoben, daß die Landwirtschaft das beständige staatsverfallende Element sei, er hat aber auch hinzugefügt, daß schwere landwirtschaftliche Kräfte diese staatsverfallende Tendenz gefährden würden. Deshalb meine ich, man wird beistimmen müssen, auch für die Landwirtschaft einzutreten. Wir können aus den Ausführungen des Reichskanzlers erkennen, daß derselbe eine produktionsfähige Landwirtschaft für dringend notwendig erachtet. Deshalb lege ich auf diese Ausführungen das größte Gewicht. In dem Schlusse seiner Rede hat der Herr Reichskanzler uns aufgefordert, die Verträge mit Vaterlandsliebe zu beurtheilen. Ich möchte dem gegenüber erklären, daß ich für die Gegner der Verträge, für den Grafen Kanitz, diese Vaterlandsliebe in Anspruch nehme, wie von allen Andern; wenn die Herren gegen die Verträge stimmen, so thun sie es in der Ueberzeugung, daß sie dem Vaterlande dadurch einen Dienst leisten. Ich bitte aber auch die Gegner der Verträge, diejenigen, welche von uns für dieselben stimmen, nicht als faulenbüchliche Verräther an der Landwirtschaft zu betrachten. Die noch vorhandenen Mitglieder der freien wirtschaftlichen Vereinigung, die der Herr Reichskanzler erwähnt, werden hier im Hause immer noch stark genug bleiben, um ein Verlassen der Grenzen des Schutzes durch die Regierung zu verhindern. Redner erwartet ferner, daß die landwirtschaftliche Arbeiterfrage; die Regierung sollte hier auf ein Äquivalent für die Zollermäßigung sinnen. Thatsächlich könnten vielfach Kartoffeln nicht rechtzeitig eingebracht werden und verderben, weil die erforderlichen Arbeitskräfte nicht vorhanden seien, obwohl die Zölle auf dem Lande, wenn man Naturalien, Wohnung, Depotsch u. s. w. in Anschlag bringt, so hoch sind, wie in der Stadt. Ohne eine Veränderung der Freizügigkeit und des Unterhaltungs-Wohnungspreises ist hier Abhilfe nicht zu erwarten. Die gegenwärtigen Getreidepreise würden im Laufe des Jahres 1892 noch weiter steigen sein, wenn die Zollermäßigung nicht eingetreten wäre und dann würde an einem Festhalten der Zölle nicht zu denken sein. Der Umstand, daß man in Frankreich von den Verträgen nicht sehr erbaunt ist, läßt mich darauf schließen, daß auch die politische Wirkung der Verträge eine gute sein wird. Die Ablehnung würde die Landwirtschaft schwerer treffen, als die Verträge selbst und deshalb stimme ich für die Vorlage. (Beifall.)

Reichskanzler v. Caprivi: Ich bitte zunächst um die Erlaubnis, den beiden Herren Vorrednern dafür zu danken, daß sie die Vorlage der verhandelten Regierungen und die Verkerungen, die ich dazu gemacht habe, auch wo sie nicht mit ihnen übereinstimmen, mit einem so freundlichen Wohlwollen betrachten. Ich nehme auch nicht den mindesten Anstand, auch meinerseits zu erklären, daß ich an der Vaterlandsliebe des Grafen Kanitz nicht im Mindesten gezweifelt habe, eines Mannes, der einer Familie angehört, die jeder Zeit mit Gut und Blut für das Vaterland eingetretten ist. (Beifall rechts.) Es ist wiederholt aufgefalle, daß ich der Industrie eine bevorzugte Stellung eingeräumt habe. Ich muß gestehen, daß mich das sehr in Erstaunen setzt. Ich weiß in der That nicht, wenn ich noch einmal eine Rede halten sollte, wie ich es anfangen müßte, um

mich in einer wohlwollenden Weise für die Landwirtschaft zu ärgern. Man kann kaum mehr thun, als ich gethan habe. Ich kann mich aber auf den Kompromißvorsatz, den Herr v. D. u. e. gemacht hat, einlassen, der Industrie die Rolle der Nährstamm und der Landwirtschaft die Rolle der Mutter zuzuschreiben. (Große Heiterkeit.) Und wenn die Sache damit erledigt ist, bin ich zufrieden. Ich möchte aber glauben, daß noch kein Mensch ein Mittel erfunden hat, ergänzende Handelsverträge anders abzuschließen, als indem sie landwirtschaftliche Produkte und wir industrielle geben. (Sehr richtig!) Was den Zoll von 3 Mark 50 Pf. anbelangt, so müßten wir unsere ganze Kraft anwenden, um ihn zu erlangen. Glauben Sie, wir hätten diese Kraft angewendet, wenn wir der Meinung gewesen wären, es wäre zweckmäßig, einen geringeren Zoll zu haben? Den Mangel der ländlichen Arbeiter erkennt die Regierung an. Die Regierung ist in der Erwägung darüber eingetreten, wie das Gesetz über den Unterhaltungslohn zu ändern ist. Ich glaube, daß die Sitzung nicht verlaufen wird, ohne daß die verhandelten Regierungen mit einer solchen Vorlage an das Haus getreten wären. (Beifall.)

Abg. Dechelhäuser (natl.) spricht zu Gunsten der Verträge. Dem Inhalte der beigelegten Denkschrift könne er nicht zustimmen, weil diese von den glänzenden Wirkungen des neuen Zolltarifs handle, erkenne aber den Theil der Denkschrift an, der von der Nothwendigkeit einer Änderung des bisherigen Systems spricht. Der Vertrag mit Oesterreich bringe für beide Theile gleiche Vorteile, wie Redner durch Aufzählung einzelner interessanter Punkte darzulegen sucht. Bei dem Vertrage mit Italien sei das Gleichgewicht nicht so gewahrt; Deutschland befände sich im Nachtheile, namentlich bezüglich der Weineinfuhr, die seinen Freunden zu ernstlichen Bedenken Anlaß gebe. Graf Kanitz habe den Gegnern der Zölle eine mächtige Waffe in die Hand gegeben. Der Frage der Aufhebung des Deutschen Zolltarifs sollte man endlich näher treten. Die politische Wichtigkeit solcher wirtschaftlichen Verträge sei nicht zu verkennen; ohne den 11. März des Jahres 1891, der Frankreich das Recht der meistbegünstigten Nation einräumt, hätten wir längst den Krieg mit Frankreich gehabt.

Abg. Richter (freis.): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir einstimmig und nicht getrennt für die Verträge stimmen werden und daß wir eine schnelle Erledigung derselben wünschen. Auch wir sind bei unserer Abstimmung von der Vaterlandsliebe befeuert, die jede andere Partei für sich in Anspruch nimmt; wir verlangen aber für unsere Unterthänigen der Regierung niemals eine Gegenleistung, wir haben vielmehr das Bedürfnis, die Regierung zu unterstützen, wo sie das thut, was wir im Interesse des Vaterlandes wünschen und sie zu bekämpfen, wo sie Maßregeln ergreift, die wir mit dem Wohle des Vaterlandes nicht vereinbar erachten. Im Wettrücken gegen die Regierung braucht keine Partei unsere Konkurrenz zu fürchten. (Sehr gut!) Es war für mich sehr interessant, aus den „Samb. Nachrichten“ eine Vorlesung über die Rechte des Reichstages zu entnehmen. (Hört! hört! links.) Der Reichstag wird daran erinnert, daß er nicht darauf verzichten könne, seine Rechte auch bei diesen Verträgen wahrzunehmen, ein Verzicht auf Kommissionsberatung käme der Abbitirten des Reichstages gleich, das wäre ein schwerer Verlust an einem nationalen Besitz. Was doch manche Männer im Laufe der Zeit nicht alles lernen. (Heiterkeit.) Wir können der Erwartung aber nicht Folge leisten, denn wir haben den dringenden Wunsch, daß diese Vorlage noch vor Weihnachten ihre Erledigung findet. Wir haben diesen Wunsch mit Rücksicht auf alle Erwerbszweige, die für ihre Kalkulation die notwendige Unterlage gewinnen müssen. (Sehr richtig! links.) Wir werden uns damit den Dank weiterer Kreise Deutschlands erwerben. Die Agrarier klagen nun bei uns, die Oesterreicher klagen von diesen Verträgen den Vortheil; lesen Sie dagegen österreichische Zeitungen, so behaupten dieselben gerade das Gegenteil. Interessant ist ein Brief der „Kreuzzeitung“ aus Wien. In demselben wird mit Heulen und Zähneklappen gegetert über den Handelsvertrag, der Oesterreich zu Grunde richte. Große Profite mache nur der ungarische Kornhändler und der galizische Viehhändler. (Sehr richtig! bei den Antisemiten.) Ich gratulire dem Reichskanzler, daß er für die Juden so viel Mühe aufgewendet hat. (Heiterkeit links.) Wir wollen ihn darin gern folgen. Wer zuerst ist die Sache, daß man einem solchen Blatte als Grundlage der Belehrung in den Kabinettskammern den Vorzug giebt. (Sehr richtig! links.) Was müssen die Männer, die berufen sind, in unserer Armee hervorragende Rollen zu spielen, aus dieser geistigen Nahrung für wirtschaftliche Anschauungen bekommen! (Sehr richtig! links.) Ich möchte dem Herrn Reichskanzler empfehlen, auf diese Letztre einmal sein Augenmerk zu richten. Die Herren klagen nun über Arbeitermangel. Haben wir das 1879 nicht vorausgesehen? Wenn die Industrie hätte sich mit Zöllen paktirt, dann ist es kein Wunder, wenn die ländlichen Arbeiter nach den Industriegebieten hinströmen. Das sind jetzt die Früchte Ihrer Thaten. (Sehr richtig! links.) Auch wir wollen das Unterhaltungslohn-Gesetz ändern oder nicht in Verbindung mit dem Freizügigkeits-Gesetz. Das hat der Herr Reichskanzler auch nicht in Aussicht gestellt. Die Aufhebung des Freizügigkeits-Gesetzes wäre der Umsturz der Grundlagen, auf denen Deutschland und Preußen aufgebaut ist. — Ich theile die Auffassung des Herrn Reichskanzlers nicht, daß unsere Großgrundbesitzer ein kümmerliches Dasein führen. Wenn es wirklich notwendig ist, eine Bevölkerungsklasse durch Staatsunterstützung zu erhalten, dann sollten uns diejenigen, die der Staatskasse nicht entbehren können, klar bescheiden werden. Die Haltung der nationalliberalen Partei zu den Handelsverträgen ist fesselhaft. Auch in dieser Partei wurde einst gesagt: „Getreidezölle, die Vertheuerung der Lebensmittel, sind unverträglich mit einer liberalen Politik.“ (Hört! hört! links.) Jetzt ist die Partei von diesem Wege abgegangen, was hat sie davon? Ich hoffe, daß auch in der nationalliberalen Partei jene Worte wieder zu Ehren kommen, dann wollen wir uns in Freundschaft wieder die Hände reichen. (Heiterkeit.) Ich habe in diesen Tagen häufig an den Mann ge-

dacht, der mit Genugthuung auf unsere Verhandlungen blickt, an den verehrten Minister Döllner, der jene große Handelspolitik eingeleitet, den Vertrag mit Frankreich abgeschlossen hat, der eine so kolossale Entwidlung unserer Industrie zur Folge gehabt hat. Der einfache, schlichte Mann hat heute die große Genugthuung, daß bis auf 23 eingetroffen ist, was er bei der Umkehr der Politik vorausgesehen, und der Reichskanzler hat das Verdienst, daß er die ersten Schritte genommen hat: Zurück in jenes Geleise! Unser Politik kann nur von Erfolg begleitet sein, wenn wir an jene großen Grundätze anknüpfen. Freizügigkeit bietet allein die Gewähr, daß die großen Ziele des Reichskanzlers erreicht werden. Diesen Zielen wollen wir nachstreben. (Beifall links.)

Reichskanzler v. Caprivi: Nur um dem Vorredner eine Frage, die er gestellt hat, zu beantworten, habe ich um das Wort gebeten; die Frage nämlich, wie die verhandelten Regierungen zu der geschäftlichen Behandlung der Sache stehen. Ich habe zu erklären, daß die verhandelten Regierungen den dringenden Wunsch haben, die Vorlage noch vor Weihnachten erledigt zu sehen. Für unsere Industrie ist jeder Tag, wo die Vorlage zur Erledigung kommt, wünschenswerth. (Sehr richtig! links.) Auch andere Fragen haben noch der Erledigung, die wir nicht eher in die Hand nehmen können, als bis wir wissen, woran wir sind. Eine Menge anderer parlamentarischer Körperschaften sind mit derselben Sache befaßt. Es ist unendlich schwer, so viele Kapte unter einen Hut zu bringen, als in diesen parlamentarischen Versammlungen Meinungen zu vereinigen sind. An keiner Stelle wird ungetheilte Befriedigung über diese Verträge sein. Ueberall muß etwas abgegeben werden, was ein Theil der Bevölkerung zu erhalten wünscht. Gerade deshalb möchte ich die Bitte aussprechen, die Verhandlungen der Sache nicht ohne Noth zu verlangsamen; ich möchte wünschen, daß der deutsche Reichstag auch in die Beziehung ein Beispiel der Anerkennung des internationalen Wertes der Verträge giebt, indem er seine Zustimmung so bald als möglich erteilt. (Beifall links.)

Abg. Dr. Orterer (Zentr.) hat mancherlei Bedenken gegen die Rede des Reichskanzlers und fürchtet, daß dieselbe neue Beunruhigung, namentlich in den Städten, hervorrufen wird. Auch dort werde die Landwirtschaft große Nachteile von den Verträgen haben, diese aber gern tragen wegen der politischen Bedeutung der Verträge und in der Hoffnung, daß mit der Abmilderung des Zollschutzes in absehbarer Zeit nicht über die vorliegenden Verträge hinausgegangen werden wird. Die amerikanische Fleischeinfuhr ist ein harter Schlag für unsere Landwirtschaft, der durch die Vergünstigungen für unseren Zucker in Amerika nicht ausgeglichen wird. Namentlich wird der volle Zoll gegen Rußland aufrecht erhalten bleiben müssen, wenn unsere Landwirtschaft nicht dauernd geschädigt werden soll. Die italienische Weininfuhr hat in Süddeutschland ebenfalls große Bedenken erregt, die man nur mit der politischen Bedeutung der Verträge zu befechtigen könne. Der finanzielle Effekt der Verträge werde sich durch Erhöhung der Matrimonialbeiträge in den Einzelstaaten unangenehm bemerkbar machen. Die politische Bedeutung der Verträge sei eine friedliche und seine politischen Freunde werden deshalb den Verträgen zustimmen, umso mehr, als dieselben sich durchaus auf dem Boden der Schutzpolitik vom Jahre 1879 bewegen.

Abg. Fürst v. Haffelbut-Trachenberg (N.) giebt seiner Befriedigung über die Verträge Ausdruck. Er hofft, daß auch in den Kreisen, die jetzt die Vorlage ablehnen, sich eine allmähliche Annäherung mit den Verträgen einstellen werde. Er stimmt ohne Kommissionsberatung für die Vorlage; die Kommissionsberatung im österreichischen Parlament ist kein Analogon für uns.

Abg. Graf v. Kanitz (konf.) behält sich ein ausführliches Eingehen auf die Reden des Reichskanzlers und des Frhr. von Marschall für die Spezialberatung vor und wird auch in 3. Lesung den Antrag auf namentliche Abstimmung stellen.

Abg. Dr. Bärklin (natl.) findet schwere Nachteile für die Landwirtschaft in den Verträgen. Der Bauernmann wird sich mit denselben nur einverstanden erklären, wenn ihm klar bewiesen wird, daß die Vorlage so und nur so zu Stande kommen konnte. Auch für den heimischen Weinbau fürchtet er Nachteile, stimmt aber den Verträgen zu aus politischen Gründen.

Abg. v. d. Decken (Wisse) findet in den Verträgen eine erhebliche Umkehr auf dem Wege der Volk- und Eisenpolitik. Je mehr sich Oesterreich wirtschaftlichen Interessen den uns angeschlossen, ein desto besserer Bundesgenosse wird Oesterreich für das deutsche Reich, namentlich würden die Deutschen in Oesterreich diesen Vertrag mit Freuden begrüßen.

Die Diskussion wird nunmehr geschlossen. Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. von Münch (wildem.), daß er sich rechtzeitig zum Wort gemeldet, aber nicht zum Worte gekommen sei; er bedauere, daß bei einer so wichtigen Angelegenheit eine allgemeine Aussprache nicht gestattet worden sei.

Abg. Dr. Böckel (Antif.) konstatirt ebenfalls, daß seine Partei nicht zum Worte gekommen sei. Er bemerkt, daß seine politischen Freunde gegen die Handelsverträge, gleichzeitig aber auch für den Antrag der Konservativen auf Ueberweisung der Verträge an eine Kommission stimmen werden.

Abg. Lieberman v. Sonnenberg (Antif.) beantragt die namentliche Abstimmung über den Antrag auf Ueberweisung der Verträge an eine Kommission.

Der Antrag erhält nicht ausreichende Unterstützung, nur die Antisemiten stimmen dafür. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission wird gegen die Stimmen der Konservativen, Antisemiten und einiger Freikonservativen abgelehnt, die zweite Verathung findet somit im Plenum statt.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Tagesordnung: Zweite Verathung der Handelsverträge. Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 12. Dezember. Wie zur Zeit gemeldet, war der Chef der Kolonialabtheilung nach der ersten Lesung des Kolonialgesetzes von Sr. Majestät dem Kaiser zu Tische gezogen. Aus den bei dieser Gelegenheit eingelegten Erklärungen sowie aus anderen Erscheinungen hat der Kaiser die Aufschauung gewonnen, daß eine persönliche Inauguration der jetzigen Verordnungen und Einrichtungen durch den Chef der Kolonialabtheilung wünschenswerth sei. In Folge dessen wird sich der Geheimrath Dr. Kayser im Frühjahr zu einem längeren Aufenthalt nach Ostafrika begeben.

In der am 10. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats legte der Vorsitzende, Vize-Präsident des Staatsministeriums, Staatssekretär des Innern Dr. von Bötticher ein Schreiben des Präsidenten des Reichstages vor, wonach der letztere die ihm vorgelegte Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze zur Verathung gezogen und anerkannt hat, daß durch die Vorlegung der Denkschrift den Bestimmungen der betreffenden Gesetze genügt worden ist. Die Vorlage wurde dem Auschuß für Rechnungswesen überwiesen. Mit der Vorberatung des Antrags, betreffend die Verleihung von Korporationsrechten an die Altrab-Kompagnie zu Berlin, wurden die Ausschüsse für Justizwesen und für Handel und Verkehr beauftragt. Den Anträgen der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, betreffend die steuerliche Behandlung der Abraumfalle, wurde die Zustimmung erteilt. Der Eingabe des Zentralverbandes kaufmännischer Verbände und Vereine Deutschlands, betreffend den Warenverkauf der Konsumvereine an Nichtmitglieder und dem Antrag der Badener-Verungenoßenschaft auf Auflösung der Papierverarbeitungs-Verungenoßenschaft und Aufhebung der Betriebe derselben, als die Papiermacher und die Badener-Verungenoßenschaft, beschloß die Verammlung keine Folge zu geben.

Als für den nächstjährigen preussischen Etat zunächst veranschlagt der Termin, bis zu welchem dem Finanzminister die Anmeldungen der Mehrbedürfnisse nebst deren Begründung seitens der Einzelressorts zugehen müssen, vom 1. Juli auf den 1. September verlegt wurde, ist zugleich festgelegt, daß die budgetirten Spezialtheile, wie sie zwischen dem Finanzministerium und dem betreffenden Ressort vereinbart sind, am 10. Dezember dem letzteren zugehen sollen, damit die Vorlegung des Etats mit dem Anfang der Session erfolgen kann. Demzufolge werden die sämtlichen Materialien für den Staatshaushaltsstaat auf 1892/93 nunmehr in der Hauptsache dem Finanzminister bereits vorliegen vorwiegend in den nächsten Tagen zugehen.

Daß bei der Etatsaufstellung überall mit der größten Sparsamkeit verfahren und der Mehraufwand durchweg auf das unbedingt Nothwendigste beschränkt ist, wurde bereits früher mitgeteilt.

Die Handelskammer zu Thorn, welche im Jahre 1885 wegen der vom „Deutschen Handelsblatt“ damals beliebten Behandlung der Getreidezölle aus dieser Körperschaft ausgeschieden war, ist kürzlich dem Handelsstage wieder beigetreten.

Posen, 12. Dezember. Aus bester Quelle wird gemeldet, daß die polnische Reichstagsfraktion beschlossen hat, allen Regierungsvorlagen, namentlich auch den Mehrausgaben für Armee und Marine unbedingt zuzustimmen.

Bismarck, 12. Dezember. Der Neubau eines Schanisses in Bräunleib (Kreis Bismarck) ist in Folge des heftigen Sturmes eingestürzt. Von dem beim Bau beschäftigten Arbeiter wurden 15 schwer verwundet.

Lübeck, 12. Dezember. Seine Durchlaucht v. Fürst v. Bismarck empfing gestern den Chefredakteur der „Eisenbahnzeitung“. Er sagte, er gehe nicht zur Theilnahme an der Verathung über die Handelsverträge, weil den Abgeordneten nicht genügend Zeit zur Information gegeben worden sei. Unter diesen Umständen finde er es mit seinem Gewissen unvereinbar, ein Wort abzugeben. Anlässlich des Spruchs „Supremalex“ bemerkte der Fürst, er sei niemals ein Anhänger des Absolutismus gewesen. Der Fürst sprach sich auch gegen das Alters- und Invaliditäts-Gesetz aus, dasselbe sei ohne Rücksicht auf Physiologie und Menschenkunde. Er sagte ferner, er habe gewünscht, daß General v. Caprivi sein Nachfolger werde, er habe ihn sogar Sr. Majestät dem Kaiser empfohlen.

Köln, 12. Dezember. Die „A. V. Z.“ meldet aus Saarbrücken: Der Grubenaußschuß beschloß in einer erneuten Eingabe an das Ministerium die achtschüssige Schicht inkl. Ein- und Ausfahrt, einen Mindestlohn im Afford von 4 Mark 50 Pf. und Abänderung des Knappschaftswesens zu fordern.

Oesterreich-Ungarn.

Wie wir aus Wien vernahmen, wird der mit der Verathung der Handelsverträge betraute Auschuß des Abgeordnetenhauses zu dessen Dominant Herr v. Wittek und zum Dominant Stellvertreter Baron Schwegel gewählt werden, seine Verathungen auch während der Weihnachtsferien fortsetzen. Statt eines Generalreferenten, schreibt unser Korrespondent, wird für jeden Vertrag ein besonderer Berichterstatter bestellt. Im ungarischen Reichstage wird, wie verlautet, beabsichtigt, die Verathung über die Handelsverträge im Anschluß wie im Plenum bis Ende der nächsten Woche durchzuführen.

Wien, 12. Dezember. Das „Fremdenblatt“ cementirt jede politische Mission des Erzherzogs Leopold Ferdinand in Konstantinopel.

Frankreich.

Paris, 12. Dezember. (W. T. B.) Nach aus St. Louis am Senegal hier eingegangenen Nachrichten ist die aus dem Sudan gemeldete Malaria thatsächlich das gelbe Fieber. In Folge dessen ist für die Probenentzogen vom oberen Senegal eine Quarantäne in Port Bodo angeordnet worden.

Paris, 12. Dezember. Cassagnac beendete seine lange Rede mit den Worten: „Der siegreich gegen Napoleon den Großen gekämpft hat, fürchtet Carnot den Kleinen nicht.“ — Großer Tumult entbrach, wobei Cassagnac den Präsidenten Floquet beschuldigte, er befehle die Katholiken. Er erhielt einen Ordnungsruf.

W. v. Behmen

Stettin, kleine Domstraße 13, Stettin.

Mein

Weihnachtsausverkauf

bietet die denkbar günstigste Gelegenheit zu billigsten, reellen Einkäufen.

Sämtliche Roben werden in Cartons mit Besatz, Modelbild und in ausreichendem Maas, (6 Meter: 100 bis 110 cm. breit,) zum Verkauf gebracht.

Robe Bohemia

für Mark 3,00.

Starker, kräftiger Wap in gestreiften und karierten Mustern. 8 Meter Stoff mit Besatz und Modelbild.

Robe Eglantine

für Mark 3,50.

Schwerer Molting in neuen einfarbigen, gestreiften und karierten Dessins. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Lena

für Mark 4,00.

Gediegenes, sehr kräftiges Lama-Gewebe im engl. Geschmack mit Noppen- und Streifen. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Isolde

für Mark 4,50.

6 Meter doppelbreites Damentuch, schwere griffige Qualität in den neuesten dunklen Farbenstellungen. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Kapella

für Mark 5,00.

Reichhaltiges Sortiment neuer Farbentöne in festen, gewalkten tuchartigen Stoffen. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Paloma

für Mark 6,00.

Ganz wollener, foulirter fester Körperstoff. Reiches Sortiment neuester Fantasiebestreifen. Große Farbauswahl. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Kossac

für Mark 7,00.

Ganz wollener, tuchartiger, gewalkter Stoff in wundervollen Karo- und Streifen-Sortimenten und in den neuesten Farbenstellungen. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Litanda

für Mark 8,00.

Cotelegewebe mit Uebermuster, ganz wollener fester Stoff in prachtvollem Sortiment. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Utach

für Mark 9,00.

Fell- und dunkelfarbiges schweres Treppgewebe mit höchst originellen Streifen und Karos. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Uganda

für Mark 10,00.

Eleganter bonmefrter Stoff. Reine Wolle in brillanten Farben. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Thekla

für Mark 12,00.

Sehr kräftige, feinvollige Robenstoffe im englischen Geschmack. Große Auswahl. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Robe Clara

für Mark 15,00.

Hochfeine Nouveautés-Stoffe, Neuheiten der letzten Wochen in gebiegenes, haltbaren Stoffen. Im Carton mit Besatz und Modelbild.

Sämtliche Roben sind auch ohne Carton zu beziehen und stellen sich dann um 0,50 billiger.

Schwarze Seide. Coul. Merveilleux

in den reellsten Fabrikaten zu billigsten Preisen.

Jupon's

in Baumwolle, Wolle und Seide, hochelegant, Mark 2,00, 2,50, 3,00, 4,00, 4,50, 5,00, 6,00, 7,00, 8,00, 10,00, 12,00 bis 24,00.

Seidene Damentücher, Herren-Cachenez, seidene Taschentücher

in wundervoller Auswahl. Großartig billig im Preis.

Cachemir-Schürzen, seidene Schürzen, leinene Schürzen, Plaids, Echarpes, und Balltücher.

Feder-Boa's

in feinen dunklen Farbenstellungen, auch in blau, crème und rosa.

Reisedecken.

Mein bedeutendes Lager in Reisedecken stelle ich mit heute, meines beschränkten Raumes wegen, vollständig zum

Ausverkauf.

Die Preise sind ganz enorm ermäßigt.

Umtausch aller nicht gefallender Artikel auch nach dem Beste gerne gestattet.